

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

29.06.2015

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sondersitzung**  
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 29. Juni 2015

Beginn : 18:30 Uhr  
Ende : 21:56 Uhr  
Ort : Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesenheit**

Herr Ibrahim Al Najjar  
Frau Ulrike Berger  
Herr Dr. Ullrich Bittner  
Herr André Bleckmann  
Herr Ulf Burmeister  
Frau Petra Dörwald  
Frau Rita Duschek  
Herr Rudi Duschek  
Frau Dr. Frauke Fassbinder  
Herr Dr. Stefan Fassbinder  
Frau Yvonne Görs  
Herr Professor Dr. Frank Hardtke  
Frau Luisa Heide  
Frau Marion Heinrich  
Herr Axel Hochschild  
Herr Torsten Hoebel  
Herr Heiko Jaap  
Herr Wolfgang Jochens  
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Nikolaus Kramer  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Thomas Lange  
Herr Jürgen Liedtke  
Herr Egbert Liskow  
Herr Franz-Robert Liskow  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Thomas Mundt  
Herr Dr. Sascha Ott  
Herr Milos Rodatos  
Herr Dr. Ulrich Rose  
Frau Dr. Mignon Schwenke  
Frau Birgit Socher  
Herr Ludwig Spring  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Frau Dr. Antje Steveling  
Frau Mechthild Thonack  
Herr Professor Dr. Thomas Treig  
Herr Erik von Malottki  
Herr Ingo Ziola

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
6. Große Anfrage der SPD-Fraktion  
Auswirkungen der Durchfahrtstiefe des Sperrwerks auf den Betrieb des Segelschulschiffes "Greif"
7. Beratung der Beschlussvorlagen
  - 7.1. Änderung der Geschäftsordnung  
**Präsidentin der Bürgerschaft**
  - 7.2. Bestätigung der Mitglieder des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Wahlperiode 2015-2020  
**Dez I, Gleichstellungs- und Familienbeauftragte**
  - 7.3. Vermögenszuordnung der Immobilien zum Eigenbetrieb Hanse-Kinder  
**Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement**
  - 7.4. Kita-Beiträge  
**SPD-Fraktion**
  - 7.5. Gewährung einer Zuwendung zur Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund Vorpommern-Greifswald e.V.  
**Dez. II, Amt 40**
  - 7.6. 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,  
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
(Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –)  
**Dez. II, Amt 60**
  - 7.7. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
**Dez. II, Amt 60**
  - 7.8. Annahme einer Barspende vom Förderverein „Der Alte Friedhof Greifswald“ e.V.; Zweckbindung denkmalpflegerische Zielstellung/Voruntersuchung für Instandsetzung Grabgruft Mende/Beumer und Meyer/Anderson  
**Dez. II, Amt 66**
  - 7.9. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek  
**Dez. I, Amt 41**
  - 7.10. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2  
**Bündnis 90 / Die Grünen**
  - 7.11. Pariser  
**SPD-Fraktion, Fraktion Kompetenz für Vorpommern/Piratenpartei, interfraktionell angestrebt**
  - 7.12. Aufstellung eines integrierten Seniorenförderplanes  
**Fraktion Die Linke, SPD, B90/Die Grünen, interfraktionell angestrebt**
8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
10. Mitteilungen der Präsidentin
11. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die öffentliche Sondersitzung der Bürgerschaft.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Frau Socher ruft den Tagesordnungspunkt auf und teilt mit, dass drei Tischvorlagen vorliegen.

**Herr Rodatos**

. begründet die Dringlichkeit der von der Fraktion Kompetenz für Vorpommern/Piratenpartei eingereichten Tischvorlage „Streichungen an der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald“:

- erklärt, dass es Mitte Juli einen Besuch des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herrn Brodkorb, geben solle, bei dem eine entscheidende Abstimmung im Senat innerhalb der Universität erfolgen solle. Im nächsten Sitzungszyklus werde dann eine Beratung im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft stattfinden, jedoch soll in dieser Sondersitzung der Bürgerschaft schon eine Abstimmung zustande kommen.

Frau Socher schlägt vor, die Tischvorlage unter TOP 7.13 einzuordnen und lässt darüber abstimmen. Über den Vorschlag wird abgestimmt:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	34	0	4

**Herr Dr. Kerath**

. begründet die Dringlichkeit der von der SPD-Fraktion, sowie von den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kompetenz für Vorpommern/Piratenpartei eingereichten Tischvorlage „Aufsichtsrat Stadtwerke Greifswald GmbH“:

- erläutert, dass die nächste Sitzung des Aufsichtsrates für den 17.07.2015 vorgesehen sei und die nächste Sitzung der Bürgerschaft erst am 20.07.2015 stattfinden werde.

**Der Oberbürgermeister**

. bittet darum, den Tagesordnungspunkt auf die Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 zu verschieben. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH habe beschlossen, ein Rechtsgutachten einzuholen, welches auf der nächsten Aufsichtsratssitzung am 17.07.2015 behandelt werden solle. Danach werde der Aufsichtsrat wahrscheinlich eine Empfehlung an die Gesellschafter geben.

**Herr Hochschild**

. erkennt keine Dringlichkeit dieser Tischvorlage. Es habe schon einmal ein ähnliches Abwahlverfahren gegeben, bei welchem jedoch ein einstimmiger Beschluss des zuständigen Aufsichtsrates vorausgegangen sei. Der Nachweis einer Interessenkollision sei noch nicht gegeben.

. bittet darum, den Tagesordnungspunkt zu verschieben und das Gutachten abzuwarten.

Frau Socher schlägt vor, die Tischvorlage unter TOP 7.14 einzuordnen und lässt darüber abstimmen:

Herr Dr. Steffens nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	22	17	2

### Herr Dr. Meyer

. begründet die Dringlichkeit der von der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP eingereichten Tischvorlage „Wahl eines Stellvertreters für den Wahlprüfungsausschuss“:

- erläutert, dass angekündigt worden sei, dass der Wahlprüfungsausschuss insbesondere im Zeitraum vom 15.08.-10.09.2015 tagen werde und er, als gewähltes Mitglied, in dieser Zeit abwesend sein werde. Der Stellvertreter soll an den Beratungen teilnehmen, um entsprechend des Kommunalwahlgesetzes mitwirken zu dürfen.

Frau Socher schlägt vor, die Tischvorlage unter TOP 7.15 einzuordnen und lässt darüber abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	0

### Herr Multhauf

. beantragt, Informationen über die bisherigen Ergebnisse des Wahlprüfungsausschusses zu erhalten.

### Frau Socher

. erklärt, dass dies unter den Informationen der Präsidentin (TOP 9) erfolgen werde.

### Herr Multhauf

. beantragt, den TOP 5.1 „Vergabe von Leistungen nach der VOL/A – Satz, Produktion, Druck und Vertrieb des Stadtblattes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil zu verschieben.

### Herr Dr. König

. antwortet, dass er in der letzten Sitzung der Bürgerschaft am 08.06.2015 aufgrund von Eilbedürftigkeit gefragt habe, ob diese Vorlage umgesetzt werden könne. Es handelte sich hierbei um eine Anhörung, die eigentlich im Hauptausschuss erfolgt. Da es jedoch Nachfragen gegeben habe, welche bereits schriftlich beantwortet worden sind, habe man die Beratungsfolge um die Sitzung der Bürgerschaft erweitert. Zwei Tage nach der Sitzung der Bürgerschaft sei am 10.06.2015 die Entscheidung zu treffen gewesen. Daher sei die Beschlussvorlage bereits umgesetzt.

Frau Socher lässt über den Antrag von Herrn Multhauf abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	14	18	6

Die Präsidentin der Bürgerschaft zieht TOP 3 „Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2015“ zurück. Die Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2015 werde für die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 vorgesehen.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	2	4

**TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2015**

zurückgezogen (siehe TOP 2.)

**TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Frau Socher ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt, ob es Wortmeldungen gebe.

**Herr Schermucksnies und Herr Tessnow**

. fragen, wann die Baustelle in der Herrenhufenstraße fertig gestellt werde.

**Herr Hochheim**

. erklärt, dass diese Frage schriftlich beantwortet werde.

**TOP 5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen**

Frau Socher ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Verwaltung liegt eine schriftlich gestellte Frage von Herrn Dr. Kasbohm vor.

**Herr Dr. König**

. erklärt, dass es sich hierbei um eine Anfrage bezüglich der Streichungen der Stellen im Musikfachbereich der Ernst-Moritz-Arndt-Universität handle.

. beantwortet die Fragen.

(Die Fragen, sowie die Beantwortung sind als Anlage dem Protokoll beigefügt.)

**Herr Dr. Kasbohm**

. fasst zusammen, dass es sich in der Anfrage um zwei wesentliche Punkte handelte:

1. Öffentliche Positionierung der Stadt Greifswald
2. Finanzierung durch andere Möglichkeiten als durch die eigene Kasse

. weist darauf hin, dass er zwei Fragen gestellt habe.

**Der Oberbürgermeister**

. erklärt, dass ihm die zweite nicht vorläge, dies geprüft werde und in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 eine Beantwortung erfolge.

**Herr Dr. Kasbohm**

. ist damit einverstanden.

**Herr Dr. Rose**

. macht auf eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur und des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft aufmerksam. Vermutlich sei der Termin der 14.07.2015, an dem zum Thema Stellenstreichungen an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität diskutiert und beraten werde.

**TOP 6. Große Anfrage der SPD-Fraktion  
Auswirkungen der Durchfahrtstiefe des Sperrwerks auf den Betrieb des Segelschulschiffes "Greif"**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Die SPD-Fraktion hat den Antrag gestellt, eine Aussprache zu führen.

**Herr Lange**

. führt in das Thema der Großen Anfrage ein.

**Herr Dr. König**

. beantwortet in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum Schonerbrigg Greif und dem Tiefbau- und Grünflächenamt die Fragen der Großen Anfrage.

(Die Fragen, sowie die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Frau Socher eröffnet die Aussprache zur Großen Anfrage.

**Herr Lange**

. denkt, dass die logistischen Aufwendungen bei einem Liegeplatz an der Südmole deutlich höher seien als vom Oberbürgermeister angegeben.

**Herr Krüger**

. stimmt zu, dass die Wasserstraße eine Tiefe von 4 Metern habe und versteht, dass es Probleme geben würde, wenn das Sperrwerk tiefer sei.

. findet, dass darüber früher Debatten hätten geführt werden müssen, zum Beispiel zu folgenden Aspekten: wo ist der Liegeplatz der Greif und wie geht man mit dem Hafen Wieck und dem Sperrwerk um.

. sagt, dass die Stadt an allen Bauplanungen und –beratungen beteiligt gewesen sei.

. kritisiert, dass die zuständige Stellen hätten wissen müssen, dass das Sperrwerk flacher werde.

. erklärt, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit einer ganzheitlichen Neukonzeption im Bereich der Nordseite, der Promenade, des Rycks, der Südmole und des Sperrwerkes befasst habe.

. bittet Herrn Kruse, die AG „Greif“ nochmals einzuberufen.

. bittet den Oberbürgermeister, den Wirtschaftsplan erarbeiten zu lassen. Derzeit gebe es nur die vorläufige Haushaltsführung und somit bestehe Haushaltssperre.

**Herr Dr. König**

. unterstützt die erneute Einberufung der AG „Greif“.

. erklärt, dass die Bürgerschaft der Verwaltung eine Richtung vorschlagen sollte, wie die Greif in Zukunft vermarktet werden solle.

. geht auf den Wirtschaftsplan ein. Dieser sei der Bürgerschaft vorgelegt worden und habe keine Mehrheit gefunden. Derzeit werde der Wirtschaftsplan nach den neuen Zahlen erarbeitet und unmittelbar nach der Sommerpause die Gremien durchlaufen.

**Herr Kruse** schlägt vor,

. mit der nächsten Beratung der AG „Greif“ zu warten, bis der Wirtschaftsplan vorliege.

. einen Termin nach der Saison im Herbst abzustimmen.

**TOP 7. Beratung der Beschlussvorlagen**

**TOP 7.1. Änderung der Geschäftsordnung**

06/356  
B178-07/15

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft den Tagesordnungspunkt auf und bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende 5. Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald:*

1.

*In § 1 wird nach Absatz 2 als Absatz 3 neu eingefügt:*

*„(3)*

*Die Ladung erfolgt unter Mitteilung der Tagesordnung elektronisch (E-Mail).*

*Die in § 1 Absatz 2 genannten Ladungsfristen sind mit dem rechtzeitigen Absenden der E-Mail gewahrt.*

*Der ordnungsgemäße Zugang an die aktuelle E-Mail-Adresse liegt im Verantwortungsbereich des Adressaten.*

*Die E-Mail-Adresse und die Änderung dieser sind der Präsidentin der Bürgerschaft unverzüglich schriftlich oder elektronisch mitzuteilen.*

*Die Regelung des § 29 Absatz 1 Satz 2 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) bleibt unberührt.“*

2.

*Der bisherige Absatz 3 in § 1 wird Absatz 4.“*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	0

## **TOP 7.2. Bestätigung der Mitglieder des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Wahlperiode 2015-2020**

06/355  
B179-07/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt die Mitglieder des Seniorenbeirates entsprechend der Neuwahl vom 13.05.2015.*

1	Arndt,	Emmy
2	Ballin,	Rita
3	Biebler,	Irma
4	Bienert,	Leonhard
5	Duscheck,	Rudi
6	Eggebrecht,	Günter
7	Frisch,	Berndt
8	Graf,	Christa
9	Hamann,	Karin
10	Hilpert,	Tilo
11	Hörhager,	Ursula
12	Krause,	Klaus-Dieter
13	Kroll,	Paul
14	Kühne,	Elisabeth
15	Liermann,	Gabriele
16	Lorenz,	Gudrun
17	Männchen,	Julia
18	Reiche,	Siegfried
19	Schröder ,	Elke
20	Sieting,	Harald
21	Sitterlee,	Christiane
22	Stüwe,	Waltraudt
23	Weiß,	Anita

24 Werner, Regina  
25 Wildgrube, Dietrich“

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

### TOP 7.3. Vermögenszuordnung der Immobilien zum Eigenbetrieb Hanse-Kinder

06/334 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B180-07/15

#### Herr Lerm

. bringt die Beschlussvorlage ein.

#### Diskussion:

#### Herr Dr. Fassbinder

. geht kurz auf die Vorbesprechungen zu den Kita-Immobilien ein und erklärt, dass der Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kompetenz für Vorpommern/Piratenpartei zurückgezogen werde.

#### Herr Dr. Kerath

. betont, dass die Bürgerschaft die Kindertagesstätten zu keiner Zeit an einen externen Dritten übergeben wollte.

**Herr Multhau** fragt, weshalb sich das Land so lange Zeit zurückhalte.

#### Frau Teetz

. erklärt, dass man sich zurzeit im Anzeigeverfahren befinde und derzeit vom Ministerium für Inneres und Sport geprüft werde, ob rechtsaufsichtliche Bedenken beständen. Nach einem Erörterungsgespräch im Ministerium für Inneres und Sport sei der Stadtverwaltung Greifswald mit einem Schreiben vom 09.05.2015 mitgeteilt worden, dass die noch offene Frage der Zuordnung des Anlagevermögens zum Eigenbetrieb einer abschließenden rechtsaufsichtlichen Prüfung entgegensteht.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Zuordnung folgender Immobilien incl. zugehöriger Grundstücke und Sonderposten zum Vermögen des Eigenbetriebes Hanse-Kinder:*

*Kita Inselkrabben Riems  
Kita Zwergenland  
Kita A.S. Makarenko  
Kita Weg ins Leben  
Kita Samuil Marschak  
Kita Lütt Matten*

*Kita Regenbogen  
Kita Kleine Entdecker  
Kita Lilo Hermann  
Kita Rudolf Petershagen  
Hort Kunterbunt  
Kita Friedrich Wolf*

*In der Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes sind diese auf Grundlage der doppelten Werte zum 01.01.2015 darzustellen.“*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

### TOP 7.4. Kita-Beiträge

06/371.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B181-07/15

**Herr Al Najjar** bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

**Herr Spring**

- . bittet die Verwaltung, sich zum ersten Punkt des Beschlussvorschlages zu äußern.
- . ist der Ansicht, dass der zweite Punkt des Beschlussvorschlages auf Landes- oder Bundesebene zu regeln sei.
- . beantragt, dass beide Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abgestimmt werden.

**Herr Krüger**

- . ist der Meinung, dass die kommunalen Kindertagesstätten ebenfalls von Punkt 2 des Beschlussvorschlages betroffen seien und dass man sich daher dafür einsetzen sollte.
- . bringt folgenden Änderungsantrag ein:

*„1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt spricht sich dafür aus, dass die im aktuellen Tarifkonflikt - die während der Streiktage bei dem Eigenbetrieb "Hanse Kinder" -entrichteten Elternbeiträge, für nicht erbrachte Betreuung, den betroffenen Eltern auf Antrag durch den Eigenbetrieb erstattet werden.“*

Herr Prof. Dr. Hardtke nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

(Anmerkung: Herr Prof. Dr. Hardtke hat sein spätes Kommen im Vorab angezeigt.)

**Frau Dr. Schwenke** fragt,

- . um welche Beträge es sich handle.
- . wie viele Anträge bereits eingegangen seien.
- . wie die Rechtsgrundlage aussehe.

**Herr Lerm**

- . antwortet, dass es sich hierbei um ca. 8.000 – 10.000 Euro handle, die die Eltern an Rückerstattung zu erwarten hätten. Dazu ginge man von Verwaltungsgebühren in Höhe von ca. 12.000 -14.000 Euro aus. Derzeit liegen ca. 30 Anträge auf Rückerstattung vor.
- . erklärt die Schwierigkeit, festzustellen, ob überhaupt ein Anspruch auf Rückerstattung bestehe.
- . merkt an, dass
  - unter Umständen auch haushaltsrechtliche Auswirkungen entstehen könnten.
  - eine Änderung der Grundförderung konstruktiver wäre, damit die Schere zwischen kommunalen Kindertagesstätten und freien Trägern langfristig geschlossen werde.

**Herr Dr. Ott**

- . erklärt, dass er bei Punkt 1 der Beschlussvorlage rechtliche Bedenken habe. Es handle sich wohl um eine freiwillige Leistung, da der Streik höhere Gewalt darstelle, mit der Folge, dass man nichts zahlen brauche. Wenn man trotzdem zahlt, sei es eine zusätzliche Leistung.
- . sagt, dass er es nicht für richtig halte, sich als Bürgerschaft zur in Punkt 2 angesprochenen Sache zu positionieren.

**Herr Dr. Kasbohm**

- . hält es für wichtig, aktiv dazu beizutragen, dass sich die von Herrn Lerm genannte „Schere“ wieder schließe.

Die SPD-Fraktion übernimmt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für Punkt 1.

**Herr Multhauf**

. spricht seinen Respekt für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kindertagesstätten aus.

**Herr Wille**

. erklärt, dass er den Beschlussvorschlag für rechtswidrig halte, da kein Deckungsvorschlag für die freiwilligen Zahlungen enthalten sei. Nach der Kommunalverfassung M-V sei man dazu jedoch verpflichtet.

**Herr Krüger**

. macht darauf aufmerksam, dass durch den Streik Lohnkosten der Erzieher eingespart werden konnten, welche nun für die Rückerstattungen genutzt werden könnten.

**Herr Dr. Kerath**

. merkt an, dass diese Beschlüsse bereits in vielen anderen Kommunen so oder in ähnlicher Form beschlossen worden seien. Die Lohneinsparungen sollen an die Eltern zurückgezahlt werden, wodurch der städtische Haushalt in keiner Weise belastet werde.

Frau Socher lässt über den Punkt 1 des Beschlussvorschlages der Beschlussvorlage abstimmen:

„1.

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt spricht sich dafür aus, dass die im aktuellen Tarifkonflikt - die während der Streiktage bei dem Eigenbetrieb "Hanse Kinder" – entrichteten Elternbeiträge, für nicht erbrachte Betreuung, den betroffenen Eltern auf Antrag durch den Eigenbetrieb erstattet werden.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	26	10	6

Frau Socher lässt über den Punkt 2 des Beschlussvorschlages der Beschlussvorlage abstimmen:

„2.

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt unterstützt bundesweite Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher nach leistungsgerechter Bezahlung und fordert den Oberbürgermeister auf sich beim Verband der kommunalen Arbeitgeber für eine entsprechende Verhandlungsposition einzusetzen.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	19	19	3

Damit ist Punkt 2 des Beschlussvorschlages der Beschlussvorlage abgelehnt.

**TOP 7.5. Gewährung einer Zuwendung zur Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund Vorpommern-Greifswald e.V.**

06/307.1  
B182-07/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald fördert die Unterbringung einer Geschäftsstelle des Kreissportbundes in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald durch Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund in Form einer Zuwendung.*

*Die Zuwendung wird gewährt, wenn der Kreissportbund bei Reduzierung der derzeit drei Geschäftsstellen weiterhin eine Geschäftsstelle am Standort Greifswald vorhält, frühestens ab 01.01.2016. Die Förderung steht ab 2017 unter dem Vorbehalt vorhandener Haushaltsmittel.“*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

**TOP 7.6. 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,**

06/309  
B183-07/15

**Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

**(Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –)**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

*Herr Prof. Dr. Joecks und Herr Kramer haben den Sitzungssaal verlassen.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 21. Änderung des Flächennutzungsplans wie folgt:*

- 1. Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs zur 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt.*
- 2. Der Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 2) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.*
- 3. Der Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 2) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu dem v. g. Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplans, einschließlich dessen Begründung mit Umweltbericht, zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dessen Begründung mit Umweltbericht ist ortsüblich bekannt zu machen.“*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	1

**TOP 7.7. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**06/311  
B184-07/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee – wie folgt:*

1. *Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee – vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt.*
2. *Der Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee – (Anlage 2) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.*
3. *Der Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee – (Anlage 2) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) sind gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu dem v. g. Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –, einschließlich dessen Begründung mit Umweltbericht, zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee – und dessen Begründung mit Umweltbericht ist ortsüblich bekanntzumachen.“*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

**TOP 7.8. Annahme einer Bارسpende vom Förderverein „Der Alte Friedhof Greifswald“ e.V.; Zweckbindung denkmalpflegerische Zielstellung/Voruntersuchung für Instandsetzung Grabgruft Mende/Beumer und Meyer/Anderson**06/323  
B185-07/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer*

*Bارسpende in Höhe von 3.000,00 EUR vom Förderverein „Der Alte Friedhof Greifswald“ e.V. mit Zweckbindung für die Erstellung einer denkmalpflegerischen Zielstellung/Voruntersuchung zur Sanierung der Grabgruft Mende/Beumer und Meyer/Anderson im Rahmen der Bauunterhaltung.“*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 7.9. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek**06/313  
B186-07/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

*Herr Dr. Ott nimmt für die Abstimmung im Zuschauerbereich Platz.*

*Herr Franz-Robert Liskow hat den Sitzungssaal verlassen.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe 3.000,00 € vom Förderverein Stadtbibliothek Greifswald e. V.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

## TOP 7.10. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2

06/303 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B187-07/15

*Herr Prof. Dr. Joecks, Herr Kramer, sowie Herr Liskow sind in den Sitzungssaal zurückgekehrt.*

**Herr Dr. Fassbinder**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

**Herr Hochheim**

. fragt, ob das Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot zwischenzeitlich nicht geprüft werden soll, sobald der Vorschlag eine Mehrheit in der Bürgerschaft findet.

Dies wurde verneint.

**Herr Hochschild**

. sagt, dass die CDU-Fraktion der Meinung sei, dass dringender Handlungsbedarf bestehe.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Enteignungsverfahren für das Grundstück Baderstraße 2 in die Wege zu leiten.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 1
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

## TOP 7.11. Pariser

06/317.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B188-07/15

**Herr von Malottki**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

**Herr Kramer**

. erklärt, dass die Alternative für Deutschland diese Beschlussvorlage nicht unterstütze, da das Haus damals nicht bezogen, sondern besetzt wurde.

Es gebe 19 weitere Vereine, sowie das „IKUWO“ und das „Klex“, die sich für Jugend- und Sozialarbeit engagieren.  
Zudem könne man diese Arbeit nur verrichten, wenn man ausgebildetes, pädagogisches Personal habe. Dieses sei nicht vorhanden.

**Frau Dr. Schwenke**

. erklärt dass man sich im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend einig war, den Träger zu wechseln.

**Frau Felkl**

. weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag unter Buchstabe a) eine Nutzung der Immobilie im jetzigen Zustand beschrieben werde und nur unter Buchstabe b) im Beschlussvorschlag eine Veräußerung vorgesehen sei.  
. macht auf den Zustand des Gebäudes aufmerksam.

**Herr Krüger**

. betont, dass geplant sei, dieses Gebäude für soziale Zwecke zu nutzen.

**Herr Dr. Ott**

. bekräftigt die Aussage, dass das Gebäude schnellstens saniert werden müsse.  
. verweist auf das „Klex“.  
. wünscht sich, dass das Haus der Stadt als denkmalgeschütztes Haus erhalten bleibe.  
. plädiert für einen Verkauf. Dabei könne sich jeder soziale Träger ebenfalls auf dieses Haus bewerben.

**Herr Multhauf**

. stellt zwei Änderungsanträge.

Frau Socher lässt über den ersten Änderungsantrag von Herrn Multhauf abstimmen:

1.
  - a) *„gemeinsam mit dem Stadtjugendring und anderen interessierten Vereinen oder sonstigen Einrichtungen, die Möglichkeit einer langfristigen Nachnutzung für das Grundstück "Kapaunenstraße 20" zum Zwecke der sozialen Arbeit, vorzugsweise der offenen Jugendarbeit, bis zur Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 zu prüfen und“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	2	mehrheitlich	5

Frau Socher lässt über den zweiten Änderungsantrag von Herrn Multhauf abstimmen:

2.
  - b) *„gegebenenfalls eine Ausschreibung für den Verkauf des Grundstückes „Kapaunenstrasse 20“ vorzubereiten die vorsieht, dass der Verkauf **nur möglichst** an einen Erwerber erfolgen darf, der in dem Objekt eine offene Jugend- oder Sozialarbeit fortsetzt oder an einen Verein bzw. an eine Institution vermietet, die in dem Objekt eine offene Jugend- oder Sozialarbeit betreibt.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	7	mehrheitlich	5

**Herr von Malottki**

. hält es für wichtig, mehr soziale Einrichtungen zu haben, da es auch immer mehr Jugendliche gebe.

**Herr Dr. Ott**

. trägt seinen Änderungsantrag vor.

Da es sich um den weitest gehenden Antrag handle, lässt Frau Socher zuerst über den Änderungsantrag von Herrn Dr. Ott abstimmen:

*„Das Grundstück Kapaunenstr. 20 wird zum Verkauf vorbereitet. Wegen der Details der Ausschreibung wird die Beschlussvorlage an die Ausschüsse verwiesen.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	18	25	0

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„1.

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister,*

- a) *gemeinsam mit dem Stadtjugendring und anderen interessierten Vereinen oder sonstigen Einrichtungen, die Möglichkeit einer langfristigen Nachnutzung für das Grundstück "Kapaunenstraße 20" zum Zwecke der sozialen Arbeit, vorzugsweise der offenen Jugendarbeit, zu prüfen und*
- b) *gegebenenfalls eine Ausschreibung für den Verkauf des Grundstückes „Kapaunenstrasse 20“ vorzubereiten die vorsieht, dass der Verkauf nur an einen Erwerber erfolgen darf, der in dem Objekt eine offene Jugend- oder Sozialarbeit fortsetzt oder an einen Verein bzw. an eine Institution vermietet, die in dem Objekt eine offene Jugend- oder Sozialarbeit betreibt.*

2.

*Sollte diese Ausschreibung nicht binnen eines Jahres zu einer Nutzung im Sinne von 1a) oder einem Verkauf nach 1b) führen, soll das Grundstück ohne Auflagen zum Verkauf ausgeschrieben werden.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	24	18	1

**TOP 7.12. Aufstellung eines integrierten Seniorenförderplanes**

06/324.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B189-07/15

**Frau Dr. Schwenke**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

**Herr Liedtke**

. beantragt, die Mietpreisbremse aus der Beschlussvorlage zu streichen.

Nach kurzer Diskussion zieht Herr Liedtke seinen Antrag zurück.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister einen integrierten Seniorenförderplan aufzustellen.“*

*Die Entwicklung und Erstellung eines solchen integrierten Seniorenförderplans sollte in enger Abstimmung mit dem Seniorenbeirat und anderen ehrenamtlich, behördlich bzw. privatwirtschaftlich organisierten Akteuren in Greifswald auf diesem Feld erfolgen. Es wäre der Stand der aktuellen Rahmenbedingungen zu beschreiben, daraus der Bedarf zu ermitteln und dementsprechend künftige Maßnahmen vorzuschlagen. Insbesondere Aspekte wie „Aktivität & Teilhabe“, „Gesundheit & Sicherheit“ sowie „Fürsorge & Pflege“ in den Bereichen „Freizeit“, „Wohnen“, „Verkehr“ und „Kommunikation“ und „Beratung“ könnten Schwerpunkte für ein solches Seniorenförderkonzept sein.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

### TOP 7.13. Streichungen an der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald

06/373 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B190-07/15

#### Herr Rodatos

. bringt die Beschlussvorlage ein.

#### Diskussion:

#### Herr von Malottki

. möchte ergänzen, dass die Entwicklung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald von großer Bedeutung sei.

. geht darauf ein, was die Stadt dafür tun könnte, um die Universität in ihrer Gänze zu erhalten.

. erklärt, dass man durch die Wohnsitzprämie mittelbar Einfluss auf die Ausfinanzierung der Universität nehmen könne.

. beantragt im Namen der SPD-Fraktion die Ziffer 1. wie folgt zu verändern:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald spricht sich für den Erhalt des aktuellen Fächerspektrums und des aktuellen Personalbestandes an der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald aus.“*

#### Herr Prof. Dr. Treig

. erklärt, dass die Bürgerschaftsmitglieder der Alternative für Deutschland die Beschlussvorlage unterstützt.

#### Herr Rodatos

. weist darauf hin, dass es sich bei dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion um einen Eingriff in die Hochschulautonomie handeln könnte.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald spricht sich für den Erhalt des aktuellen Fächerspektrums und des aktuellen Personalbestandes an der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald aus.“*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	mehrheitlich	3

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:*

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald missbilligt die drohenden Kürzungen in der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald.

2. Die Präsidentin der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald werden gebeten, sich gemeinsam mit der Hochschulleitung der Universität Greifswald gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns dafür einzusetzen, dass diese Kürzungen abgewendet werden.“

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	3

#### TOP 7.14. Aufsichtsrat Stadtwerke Greifswald GmbH

06/375 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B191-07/15

##### **Herr Dr. Kerath**

. bringt für die Einbringer die Beschlussvorlage ein.

##### Diskussion:

##### **Herr Dr. Steffens**

. erklärt, dass er im September 2014 durch die Bürgerschaft in den Aufsichtsrat der Stadtwerke gewählt worden ist. Grundsätzlich hat jeder Aufsichtsrat die Pflicht zur Treue gegenüber der Gesellschaft, deren Interessen ein Aufsichtsrat zu vertreten habe. Das GmbH-Gesetz gehe von einer ehrenamtlichen Tätigkeit aus und es sei dem Aufsichtsratsmitglied erlaubt, auch andere Interessen als die der Gesellschaft zu verfolgen. Daher seien die Treuepflichten eingeschränkt laut einem Münchner Kommentar zum GmbH-Gesetz. Die Rechtsanwaltskammer habe gesagt, dass nicht jeder Rechtsanwalt, der in einem Aufsichtsrat Mitglied sei und ein Verfahren gegen eine Gesellschaft führe, einer Interessenkollision unterliege.

Vor dem September 2014 habe er drei Verfahren für Mandantschaften aufgenommen. In einem Fall verklage die Stromversorgung seine Mandantschaft. In den zwei anderen Fällen sei seine Mandantschaft noch nicht einmal Verklagter oder Kläger. Zwei Dritte verklagen die Stromversorgung und für den Fall, dass sie verlieren, hätten sie seiner Mandantschaft Schadensersatz angedroht. Somit habe er weder die Stadtwerke noch die Stromversorgung verklagt. Das GmbH-Gesetz in Verbindung mit dem Aktienrecht sehe die Genehmigung des Aufsichtsrates vor, wenn er für die Gesellschaft etwas tun würde.

In Aufsichtsräten werden die Fragen der Unternehmenspolitik, der Strategie und der Kontrolle der Geschäftsführung beraten. Gerichtsverfahren mit Streitwerten von mehreren tausend Euro würden dort normalerweise nicht vorgestellt. Sollte dies wider Erwarten doch in den Aufsichtsräten behandelt werden, würde er an der Sitzung nicht teilnehmen und auch kein Protokoll einsehen können.

Die Stromversorgung habe einen eigenen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke sei nur indirekt für die Stromversorgung zuständig. Sollte doch mal etwas zur Stromversorgung besprochen werden müssen, würde er nicht an der Sitzung teilnehmen.

Eine Interessenkollision müsse man melden, was er spätestens im November 2014 getan habe.

. geht kurz auf den von Herrn Dr. Kerath bereits genannten „Deutschen Corporate Governance Kodex“ ein und widerlegt, dass es sich bei ihm um eine wesentliche, nicht nur vorübergehende Tätigkeit handle.

##### **Frau Socher**

. erklärt, aufgrund mehrerer Anfragen, dass Herr Dr. Steffens keinem Mitwirkungsverbot (§ 24 Abs. 2 KV-MV) unterliege.

**Herr Hoebel**

. erklärt, dass der Aufsichtsrat in den nächsten 14 Tagen zusammentreten werde und es ihm zustehe, vor der Bürgerschaft darüber zu beraten und eine entsprechende Empfehlung abzugeben.

**Herr Dr. Kasbohm**

. sagt, dass zum ersten Mal ein eigenwirtschaftliches Interesse im Vordergrund stehe. Daher fehle das Vertrauen.

**Herr Hochschild**

. erklärt, dass in einem vorherigen Fall dem Beschlussvorschlag der Bürgerschaft bereits ein einstimmiger Beschluss des Aufsichtsrates voraus gegangen sei.

**Herr Multhauf**

. weist darauf hin, dass die Bürgerschaft darüber entscheide, wer in den Aufsichtsrat komme und wer nicht. Es sei da völlig irrelevant, was der Aufsichtsrat dazu sage.

**Herr Dr. Bittner**

. erinnert, dass es bereits vorher Hinweise an die CDU-Fraktion gegeben haben soll, Herrn Dr. Steffens aus dem Aufsichtsrat zurückzuziehen und ein neues Mitglied zu stellen.

**Herr Hochschild**

. erklärt, dass die CDU-Fraktion sich dazu entschlossen habe, das Gutachten abzuwarten.

. beantragt geheime Abstimmung.

**Pause**

21:04 Uhr – 21:17 Uhr

**Frau Socher**

. erklärt, dass eine geheime Abstimmung für diesen Fall in der Pause geprüft worden sei und erteilt Frau Schlegel das Wort.

**Frau Schlegel**

. vertritt die Ansicht, dass eine geheime Abstimmung nicht zulässig sei. Gemäß § 71 Abs. 1 Satz 4 KV M-V werden die Vertreter in Aufsichtsräten nicht gewählt, sondern bestellt. Die Bestellung ist ein Beschluss der Bürgerschaft, welcher grundsätzlich in einer öffentlichen Sitzung der Bürgerschaft zu erfolgen habe. Die Sonderregelung bezüglich einer geheimen Wahl ergebe sich aus § 32 KV M-V. Diese beziehe sich jedoch nur auf Wahlentscheidungen. Die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern erfolge zwar nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, dennoch handle es sich hierbei nicht um eine Wahl, sondern um einen Beschluss. In der Schweriner Kommentierung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern werde es auch unter Verweis auf das Oberverwaltungsgericht Greifswald explizit so ausgeführt.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage offen abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beruft Herrn Dr. Rainer Steffens aus dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald ab und fordert den Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzenden auf, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Beschluss nach dem Recht des Unternehmens umgesetzt wird.*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	18	4

**TOP 7.15. Wahl eines Stellvertreters für den Wahlprüfungsausschuss**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B192-07/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt als Stellvertreter für den Wahlprüfungsausschuss aus der Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP*

**Herrn Ludwig Spring.**

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	0

**TOP 8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt****Herr Wille**

. erklärt, dass man seit längerer Zeit im Anzeigeverfahren auf eine Reaktion des Ministeriums für Inneres und Sport zur Gründung der Greifswalder Marketing GmbH warte. Am 24.06.2015 sei ein Schreiben vom Ministerium für Inneres und Sport eingegangen.  
 . fasst zusammen, dass bei der Gründung der Greifswalder Marketing GmbH keine Verletzung von Rechtsvorschriften vorliege und somit der Weg zur Gründung frei sei.  
 . geht kurz auf die vorher bereits angesprochene Rechtswidrigkeit der Beschlussvorschläge ein. Ihm sei wichtig, dass die Beschlüsse formell rechtmäßig seien. Die Kommunalverfassung M-V besage, dass Beschlussvorschläge zum einen in schriftlicher Form erfolgen und zum anderen Anträge, durch die für die Gemeinde Mehraufwendungen und –auszahlungen anfallen, eine Deckungsquelle beinhalten müssen.

**Herr Hochheim**

. geht auf die Anfrage von Herrn Dr. Kerath aus der Sitzung der Bürgerschaft vom 08.06.2015 bezüglich des Normkontrollantrages zum B-Plan 14 ein.  
 . gibt Informationen zur Entwicklung der EFRE-Förderperiode. Die beantragte Förderung belief sich damals auf ca. 80 Millionen Euro. Das Ministerium für Inneres und Sport hat mit einem Schreiben vom 03.06.2015 (eingegangen am 10.06.2015) mitgeteilt, dass die Fördervoraussetzungen zur Aufnahme von Vorhaben in die EFRE-Förderung erfüllt seien, da ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeitet worden sei. Nicht förderfähig nach Ansicht des Ministeriums für Inneres und Sport sei die Sanierung des Theaters.

**Herr Multhauf**

. findet, dass das Projekt Erwin-Fischer-Schule Priorität habe.  
 . erinnert sich, dass die Finanzierung der Sanierung des Theaters über Städtebaufördermittel geplant gewesen sei.

**Herr Hochheim**

. teilt mit, dass im Land darüber nachgedacht werde, für das Theater Finanzhilfen in Höhe von 10 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.  
 Eventuell könne man Planungsleistungen für das Theater beauftragen.  
 Die Planung könne aus Sicht des Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus

nun beauftragt werden. Diese würde jedoch nicht die Angelegenheiten Beherbergung der Intendanz oder der Werkstätten beinhalten. Sie würden sich lediglich um das Theater und seine Sanierung bemühen.

**Herr Krüger**

. geht darauf ein, dass das Ministerium für Inneres und Sport der Stadt aufgetragen habe, die gesamten Vorhaben zu priorisieren und bittet um Erläuterung.  
. fragt, ob für die Caspar-David-Friedrich-Schule gar keine Förderungen in Aussicht gestellt werden.

**Herr Hochheim**

. antwortet, dass in dem Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport stünde, dass die 161,5 Millionen Euro nicht ausreichen würden, um alle beantragten Projekte umzusetzen. Daher sei eine Prioritätensetzung durch die Stadt und Konzentration auf besonders bedeutsame Vorhaben in der Stadt unumgänglich. Zur Caspar-David-Friedrich-Schule sei zunächst vom Ministerium nichts gesagt worden.  
. vermutet, dass nur die Projekte, die im Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport aufgezählt werden, auch gefördert werden. Die EFRE-Förderperiode gehe jedoch bis 2020. Die 161,5 Millionen Euro werden beim ersten Mal zur Verfügung gestellt und ca. 220 Millionen Euro über die gesamte Laufzeit. Eventuell bestünde dann zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal die Chance auf Antragstellung.

**Herr Krüger**

. bittet, bei allen Projekten nachzufragen, ob eine eventuelle Förderung bestehe.

Das Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport wird auf Nachfrage von Herrn Krüger dem Protokoll beigelegt.

**Herr von Malottki**

. spricht sich dafür aus, dass die Erwin-Fischer-Schule vor dem Hansering priorisiert werde.  
. bittet um Vorstellung der Ergebnisse im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft.

**TOP 9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

**Herr von Malottki**

. merkt an, dass bei der Begehung der Ortsteilvertretung Schönwalde II durch die Mitglieder der Ortsteilvertretung in Schönwalde II, Frau Hanke vom Tiefbau- und Grünflächenamt, Herr Lüders vom Planungsbüro LPP GmbH, Frau Held vom Quartiersbüro, Herrn Dr. Bittner und weiteren Gästen, aufgefallen sei, dass die Gehwege in einem schlechten Zustand seien.  
. fragt, ob die Probleme bekannt und ob bereits Lösungsvorschläge erarbeitet worden sind.  
. bittet die Verwaltung an der nächsten Sitzung der Ortsteilvertretung teilzunehmen.

**Herr Hochheim**

. erklärt, dass man dabei sei, nach und nach die Wege zu erneuern bei denen es notwendig sei. Sollten akute Gefahren bestehen, bittet er, den genauen Abschnitt anzugeben.

**Herr Multhauf**

. schlägt vor, zur Juryentscheidung zum Stadtarchiv Bürgermeinungen einzuholen.  
. erklärt, dass für das Haushaltsjahr 2016 bei den Verpflichtungsermächtigungen 700.000 Euro weniger als geplant genehmigt worden sind. Er fragt, was für

Auswirkungen dies habe.

. habe gehört, dass es Überlegungen gäbe, das Funktionsgebäude im Volksstadion an Dritte zu veräußern. Er möchte wissen, ob es solche Pläne wirklich gebe.

#### **Herr Hochheim**

. antwortet, dass man derzeit nicht vorhabe, dieses Gebäude an einen Dritten zu übergeben. Durch einen Beschluss der Bürgerschaft sei die Stadtverwaltung beauftragt worden, gemeinsam mit den Vereinen und dem Sportbund nach einer tragfähigen Konzeption für die langfristige Nutzung dieses Hauses zu suchen.

. geht auf das Thema Stadtarchiv ein. Es habe eine Jury gegeben, bestehend aus drei Fach- und zwei Sachpreisrichtern, die die Preise vergeben habe. Die Bürgermeinungen könnten an der Vergabe der Preise nichts mehr ändern. Man könnte sich die anderen 33 Arbeiten am Donnerstag, 02.07.2015, und Freitag, 03.07.2015, im Rathauskeller ansehen.

#### **Frau Thonack**

. fordert alle Fraktionen auf, die Mitglieder der Ortsteilvertretung Schönwalde II zu den Sitzungen zu entsenden, da zur letzten Sitzung nur drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren.

. kritisiert, dass Gremiensitzungen in den Schulferien stattfinden.

. bietet an, am Sitzungskalender für das nächste Jahr mitzuarbeiten.

#### **Herr Liedtke**

. macht auf die Möglichkeit der Nutzung des Bürgerportals „Klarschiff“ aufmerksam.

#### **Herr Wille**

. beantwortet die Frage von Herrn Multhauf bezogen auf die Verpflichtungsermächtigungen. Die Stadtverwaltung Greifswald habe Teilgenehmigungen im Bereich der Kreditgenehmigungen erhalten. Die Finanzierung in diesem Bereich sei gesichert, da das Ministerium für Inneres und Sport der Auffassung sei, dass Buchungen, die im laufenden Bereich gebucht worden seien im investiven Bereich gebucht werden müssten. Die Jahresabschlüsse würden demnach im laufenden Bereich etwas schlechter aussehen und die Liquidität, die eigentlich als Kredit aufgenommen werden sollte, stände dafür zur Verfügung. Daher sei es nicht wichtig, welche Rechtsauslegung richtig ist, sondern die Hauptsache sei, dass die Finanzierung gesichert ist.

. korrigiert, die von Herrn Multhauf genannte Höhe der nicht genehmigten Verpflichtungsermächtigungen auf 31.155.400 Euro. Die Verpflichtungsermächtigungen würden für die Auftragsauslösung 2016 benötigt, die im Jahr 2017 ff. zahlungswirksam werden würden. Er sei der Auffassung, dass die Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt werden müssten. Das Ministerium für Inneres und Sport sei anderer Meinung.

### **TOP 10. Mitteilungen der Präsidentin**

#### **Frau Socher**

. informiert, dass Sie eine Aufforderung bekommen habe, dass die Stadt sich der Bewegung „Städte gegen die Todesstrafe“ anschließt. Bittet um diesbezügliche Positionierung der Fraktionen.

#### **Herr Prof. Dr. Joecks**

. berichtet über den Sachstand zum Wahlprüfungsausschuss:

- Konstituierung war am 19.06.2015.
- Zurzeit gebe es eine Doodle-Umfrage zur Findung des nächsten Termins mit der Anhörung der Beteiligten. Diese laufe auf den 17.07.2015 hinaus.
- Wahrscheinlich werde am 08.07.2015 eine Vor-Ort-Begehung im Wahllokal

93 stattfinden.

- Es solle möglichst keine Sondersitzung in den Ferien geben, da es dann eventuell zu Zufallsmehrheiten kommen könnte.
- Falls man doch einen Termin in den Ferien finden sollte, der für alle, die an der mündlichen Verhandlung teilgenommen haben, möglich sei, könnte es eventuell eine Sondersitzung der Bürgerschaft am 07.09.2015 geben.

. zählt die möglichen Ergebnisse der Wahlprüfung auf:

1. Möglichkeit: Die Bürgerschaft weist die Einsprüche am 07.09.2015 zurück. Dann kann Herr Dr. Fassbinder am 08.09.2015 ernannt werden.
2. Möglichkeit: Die Bürgerschaft gibt den Einsprüchen statt. Dann muss es eine Neuwahl geben. Falls dann neue Einsprüche erhoben werden, muss erst über diese entschieden werden.

Der jetzige Oberbürgermeister darf längstens sechs Monate bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers im Amt bleiben.

#### **TOP 11. Schluss der Sitzung**

Frau Socher beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:56 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher  
Präsidentin

Sarah Wiesenberg  
Sachbearbeiterin  
Sitzungsdienst  
Bürgerschaft

#### **Anlagen:**

- schriftlich gestellte Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 15.06.2015 (wird nachgereicht)
- Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.05.2015 (wird nachgereicht)
- Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport zu EFRE-Förderungen vom 03.06.2015